78. Jahrgang. Nr. 116 — Sonnabend, 9. März 1929

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25541
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. März 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.76 Mk. Postbezugspreis für Monat März 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg. für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einigkeit über die Errichtung der Tributbank

Endgültige Regelung geplant

Vollsitzung der Sachverständigen

Paris, 8. März. Die heutige Vollsitzung des Sachverständigenausschusses dauerte von 11 bis 1 Uhr. Es fand eine Generaldiskussion über den Plan der Schaffung einer Zentralbank statt. Eine Spezialdiskussion wird in eine für heute nachmittag anberaumte Vollsitzung aufgenommen. Im allgemeinen besteht Einverständnis mit dem vorgelegten Plan. Es sind einzelne Bemerkungen hinsichtlich der Obliegenheiten der Zentralorganisation vorgebracht worden. Außerdem hat der Transferschutz seinen Bericht erstattet, worauf eine Diskussion stattfand, die ebenfalls am Nachmittag fortgesetzt wurde. Die Vollsitzung, die um 3 Uhr begonnen hatte, war nur von kurzer Dauer. Die Fortsetzung der Generaldiskussion über die geplante Zentralbank ist auf Montag vormittag vertagt worden.

In den letzten Tagen sind in der ausländischen Presse, so unter anderem in der englischen, Aeußerungen veröffentlicht worden, denen zufolge nur ein Provisorium erreicht werden soll. Hierzu wird deutscherseits erklärt: Die englische Ansicht sei, daß

auch diese Konferenz starken politischen Einschlag trage und daß es noch Jahre dauern könne, bis eine rein wirtschaftliche Konferenz zustande komme.

Die Auffassung der City, daß es sich nur um die Vorbereitung eines Provisoriums handele, erkläre sich aus dieser Tatsache. Im Gegensatz hierzu wird betont, daß das Bestreben der Delegierten weiterhin darauf ausgehe, eine endgültige Regelung zu treffen. Es sind Ziffern in der Presse genannt worden, unter anderem der Betrag von acht Milliarden Dollar. Es handele sich hierbei, so wird erklärt, um eine zehn bis vierzehn Tage alte, aus der amerikanischen Presse übernommene Meldung, die insofern als unwahrscheinlich bezeichnet werden könne, als eine offizielle Diskussion über die Ziffern überhaupt noch nicht stattgefunden habe.

Ueber den Verlauf der heutigen Vormittagssitzung berichtet Havas: Der Sachverständigenausschuß hat weiter die Frage geprüft, wie der Mechanismus der geplanten Zentralbank beschaffen sein könnte. Der Ausschuß hat insbesondere die Schlußfolgerungen des unter dem Vorsitz von Sir Josiah Stamp stehenden Transferunterausschusses studiert, um die Modalitäten der Schutzklausel zu definieren und festzustellen, wie der geschützte Teil der deutschen Annuität nach und nach in den ungeschützten Teil übergehen könne. Das würde natürlich den Zweck haben, nach und nach eine Kommerzialisierung vorzunehmen und die Schutzklausel für den geschützten Teil der Schuld ganz oder teilweise zu beseitigen.

Pariser Bedenken

Paris, 8. März. Während in der französischen Presse der Plan einer Zentralstelle für Kriegsentschädigungen bisher zustimmend aufgenommen wurde, melden sich heute bereits zweifelnde Stimmen. In politischen und finanziellen Kreisen sollen nach dem „Echo de Paris" seit Donnerstag recht zahlreiche Zweifel an dem von Owen Young entwickelten Plan zum Ausdruck gekommen sein. Auch in französischen Kreisen legt man sich Rechenschaft darüber ab, welche schweren politischen Folgen es haben könnte, wenn den großen Emissionsbanken unter der Führung der amerikanischen Finanz eine wahrhaft übernationale Autorität gegeben würde.

Besprechungen Stamps in London

Paris, 8. März. Der erste englische Delegierte für die Reparationskonferenz, Sir Josiah Stamp, ist heute nachmittag nach London abgereist. Ein Blatt stellt es als wahrscheinlich hin, daß er mit der englischen Regierung wegen der letzten Verhandlungen des Sachverständigenausschusses Fühlung nehmen wird.

Gefahr in Verzug

Allmählich lüftet sich das Geheimnis, das über der Tagung der Sachverständigen in Paris als undurchdringlicher Schleier lag. Was wir zu sehen bekommen, ist der Aufmerksamkeit des deutschen Volkes dringend wert. Es erfordert rechtzeitig kritische, sehr kritische Bemerkungen und erfordert einen sehr lauten und deutlichen Widerhall in unserem Vaterlande. Denn was auch die Sachverständigen beschließen, es braucht von der deutschen Regierung nicht angenommen werden, wenn es sich mit den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes nicht in Einklang bringen läßt.

Wir haben von Paris eine Minderung unserer unerträglichen Lasten auf einen Betrag und auf eine Reihe von Jahren verlangt, die wir aus eigener Kraft, ohne Auslandsschulden, aufbringen können. Man hat sich damit in Paris noch nicht offiziell befaßt. Zahlen, die von der gegnerischen Seite bisher genannt worden sind, bewegen sich etwa um 40 bis 60 Milliarden. Diese Zahlen sind phantastisch deshalb, weil sie Jahresleistungen erforderlich machen, die weit über die Volltribute aus dem Dawesplan hinausgehen. Die Jahreszahlungen aus derart hohen Summen würden, da die Tribute nicht nur abgetragen, sondern auch verzinst werden müssen, bei normalen Zinssätzen etwa 8,5 bis 5 Milliarden betragen. Diese unsinnigen Forderungen gehen um mindestens 1 Milliarde über die von uns als untragbar bezeichneten Dawesleistungen hinaus. Sie sind auch nicht deshalb gestellt, weil die gegnerischen Sachverständigen an die Erfüllung dieser Leistungen glauben, sondern sie erklären sich aus der Denkweise eines raffinierten Händlers. Wenn ein gerissener Verkäufer einen Kunden hat, von dem er vermutet, daß er versuchen wird, zu handeln, so nennt er einen höheren Preis, als er zu nehmen gewillt ist. Er weiß, der Kunde handelt ihm zwar noch eine erkleckliche Summe ab, aber das Resultat ist schließlich doch der veranschlagte Verkaufspreis. Genau so handeln die gegnerischen Sachverständigen. Die Sachverständigkeit scheint sich dabei weniger auf die genaue Kenntnis der wirklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beziehen, als vielmehr auf das Geschick, bei Wirtschaftsverhandlungen möglichst viel für die eigene Partei herauszuschlagen. Man untersucht also nicht mit der entsprechenden Sachverständigkeit, was Deutschland wirklich leisten kann, sondern man überlegt, was Deutschland wohl vorschlagen wird. Wohlweislich hat der deutsche Delegierte Dr. Schacht es bisher vermieden, eine feste Summe zu nennen. So vermutet man denn auf der gegnerischen Seite, daß die deutschen Sachverständigen wohl etwa eine Milliarde als Jahresleistung nennen werden. Setzt man dem zunächst eine Forderung von rund 3,5 Milliarden gegenüber, dann ergibt sich schließlich eine Einigung auf einer mittleren Zahl, die mit 2,2 bis 2,5 Milliarden den bisherigen Dawesleistungen entsprechen würde. Die ganze Welt würde eine solche Summe obendrein noch für sehr gemäßigt halten. Denn der günstige Bericht des Reparationsagenten über Deutschlands Wirtschaftslage in Verbindung mit der geschickten Presseregie haben ja hinreichend unsere Leistungsfähigkeit in die Gehirne der gegnerischen Völker eingehämmert.

Aber bis jetzt war die Frage der Gesamtsumme und der Jahresleistungen nur in Vorgeplänkeln erörtert worden. Den Sachverständigen erschienen zunächst ganz andere Fragen dringlich. Bekanntlich tragen England und Frankreich ihre Schulden an Amerika in 60 Jahresraten ab. Die Forderung beider Staaten geht nun dahin, die deutschen Tributleistungen ebenfalls solange laufen zu lassen. Die Amerikaner stehen diesem Plane sehr freundlich gegenüber, weil dadurch England und Frankreich zu prompter Schuldenleistung befähigt werden. Die Absicht der Sachverständigen läuft darauf hinaus, Deutschland ein für allemal auf 60 Jahresraten festzunageln. Daneben aber muß eine Garantie geschaffen werden, daß Deutschland seine nun in Paris übernommenen Tribute nie mehr abwälzen kann. Unsere Gegner sagen sich mit Recht: Deutschlands Tribute können nur dadurch gerechtfertigt werden, daß man das Reich für den Krieg verantwortlich macht. Heute, zehn Jahre nach der Beendigung jenes unseligen Ereignisses, glaubt bereits ein großer Teil der gebildeten Welt nicht mehr an die Urheberschaft Deutschlands an der großen Völkerkatastrophe. Die Kriegsschuldlüge zerbröckelt von Jahr zu Jahr. In weiteren zehn oder zwanzig Jahren wird es vielleicht niemanden mehr geben, der sich davon auch nur im geringsten beeindrucken läßt. Ferner ist die Wahrscheinlichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Weltmeinung sich im Gefolge der ins Nichts zerfließenden Kriegsschuldlüge derart zugunsten Deutschlands wendet, daß man die hohen Tribute, die jährlich aus diesem Volke herausgepreßt werden, einfach nicht mehr versteht. Deutschland würde dann sofort den günstigen Zeitpunkt benutzen, um eine endgültige Bereinigung des Tributunwesens zu fordern.

Schwere USA.-Artillerie an der Grenze Mexikos

Juarez von den Aufständischen erobert

Neuyork, 8. März. Nachdem die Regierungstruppen zurückgeschlagen wurden, drangen die Aufständischen in Juarez, einem Grenzort zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten, ein, wo augenblicklich heftige Straßenkämpfe toben. Die Regierungstruppen bestreichen von den Dächern die Straßen mit Maschinengewehren und unterstützen auf diese Weise die zwischen den Häusern kämpfenden Truppen. Die Amerikaner haben ihren Grenzschutz verstärkt und wollen, falls amerikanische Bürger in Juarez verwundet oder getötet werden sollten auf Juarez vorgehen. Besonders ist schwere Artillerie aufgestellt und auf Juarez gerichtet. Die amerikanischen Bürger fliehen in hellen Scharen in amerikanisches Gebiet.

London, 8. März. Die Straßenschlacht im mexikanischen Grenzort Juarez hat nach weiteren Berichten aus El Paso Freitag vormittag mit einem entscheidenden Siege der Aufständischen geendet. Die Regierungsgarnison in der Stadt hat sich den Revolutionären angeschlossen.

Nach Meldungen von der amerikanisch-mexikanischen Grenze sind auf der amerikanischen Grenzseite Schüsse eingeschlagen. Von den Führern der Aufständischen wird erklärt, daß die Schüsse von mexikanischen Regierungstruppen stammten, die Auftrag hätten, auf diese Weise eine Einmischung der amerikanischen Regierung zugunsten der gegenwärtigen mexikanischen Regierung zu erzwingen.

Drei Amerikaner sind durch mexikanische Kugeln verwundet worden

Nach dem Kampfe durchgehen nunmehr Rote-Kreuz-Schwestern die Straßen, die von Toten und Verwundeten übersät sind. Der Hauptkampf entspann sich um das Hotel, in dem der Kommandant der Regierungstruppen sich stark verschanzt hatte.

Die Hafenstadt Mazatlan im Staate Sinaloa ist nach dreitägiger Herrschaft der Aufständischen durch die Regierungstruppen unter General Carrillo besetzt worden. Die Verbindung zwischen Veracruz und Mexiko-Stadt wurde wieder aufgenommen, nachdem die Regierungstruppen in der Hauptstadt ihre Herrschaft ausreichend gesichert hatten. Ein amtlicher Bericht der mexikanischen Regierung bestätigt, daß sich der Aufstand auf die Staaten Chihuahua und Durango ausgedehnt hat, wo die beiden bisherigen Gouverneure die Führung der Aufständischen-Bewegung übernommen habe.

Einstimmigkeit über die Steuervorlage

Ein überraschender Beschluß der Regierung

Die Reichstagsarbeit bis Ostern

Berlin, 8. März. Das Reichskabinett hat, wie die „Germania" mitteilt, vor wenigen Tagen anläßlich der Schlußabstimmung im Reichsrat einstimmig den Beschluß gefaßt, den bisherigen Haushaltentwurf der Regierung, also einschließlich der neuen Steuervorschläge, dem Reichstage einzureichen.

Am 13. März werden die Reichstagsberatungen beginnen. Weiter wird dem Reichstag vorliegen das Gutachten, das der vorläufige Reichswirtschaftsrat über die Steuervorlagen abgegeben hat. Der Reichswirtschaftsrat hat in diesem Gutachten u. a. darauf hingewiesen, daß

jede mögliche Verminderung der Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden dringendes volkswirtschaftliches Gebot

sei, an dessen Erfüllung alle zuständigen Stellen aus eigenem Antrieb mitwirken müßten. Die bisherigen Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Parteien haben zu irgendeinem positiven Ergebnis noch nicht geführt. Man hält mit Vorschlägen zurück, da man die Entwicklung der Dinge im Reichstag und in den Ausschüssen abwarten will. Erst hier dürften Anträge auf Streichungen und Aenderungen eingebracht werden. Da im Laufe des März der Nachtragshaushalt und ein Notetat verabschiedet und die erste Lesung des Haushaltplanes für 1929 vorgenommen werden soll, um so die verhandlungstechnische Basis für die weitere Behandlung des Haushalts zu gewinnen, wird die erste Lesung des Etats kaum eine große politische Aktion werden. Man nimmt daher auch an, daß der Reichstag

schon nach wenigen Sitzungen seine Osterferien beginnen

wird, während allerdings die wichtigsten Ausschüsse bis kurz vor Ostern arbeiten dürften.

Dr. Luther in der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Dr. Luther tritt als Vorstandsmitglied in die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken ein. An seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Bundes zur Erneuerung des Reiches wird dieser Schritt nichts ändern.

Keine Verlobung im Hause des früheren Kronprinzen. Die Nachricht, daß der älteste Sohn des früheren Kronprinzen sich demnächst verloben werde, wird von der Generalverwaltung des vormaligen Königshauses dementiert.